

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

57 (8.3.1920)

Seite 8.
No. 57.
Karlsruhe, Montag den 8. März 1920.
Fahrtg. 40.

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 S Zustellgebühr; ab-
wärts in der Geschäftsstelle und in Abgaben 2.- M; am Posthalter
2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 S.
Ausgabe: Verlag mittags; Geschäftszeit: 150 M.
4 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die 7spaltige Ko'one'zeile ober deren Raum 50 S, Restamen
- Lokalanzeigen billiger. - Bei Wiederholungen Rabatt.
Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Große Ungehörigkeiten nationalistischer Narren.

Berlin, 8. März. In einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohn des Prinzen Albrecht, sowie anderen deutschen Gästen und drei Mitgliedern der französischen Militärmission. Als die Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der bereits einige Gläser Wein getrunken hatte, forderte die Franzosen zum Aufstehen auf. Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warfen der Prinz und andere Gäste Blumenwasser, Gläser und andere Gegenstände nach den Franzosen. Es kam zu Tätlichkeiten, bei denen die französischen Herren Beulen und Quetschungen davontrugen. Der Prinz wurde aus dem Hotel entfernt. Der Vorfall wird jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Berlin, 8. März. Ohne Unterschied der Parteilichung bedauern alle Morgenblätter den Ertrag im Adlon-Hotel. Der „Vorwärts“ schreibt, daß es in einer Berliner Arbeiterwirtschaft nicht zu einem solch widerwärtigen Stambul hätte kommen können.

Berlin, 8. März. Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Mitstreifer v. Platen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schußhaft genommen werden.

Prinz Joachim von Preußen bestreitet telefonisch dem „Vorwärts“ gegenüber, daß er in der gemeldeten Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalles nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Gäste eine große Anzahl Personen sich aufgestellt hatte. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Es wäre gut, wenn bei dem in Aussicht gestellten gerichtlichen Nachspiel Sr. Durchlaucht samt hochberedeten Stummpannen ein gehöriger Denkfleiß gegeben würde, als Ersatz für den eigenlich richtigen Denkfleiß, nämlich eine Tracht Prügel. Man sieht aber auch an diesem Namen-Stimmungsstückchen, ganz abgesehen von dem Zusammenstoß, wie sehr den Nationalisten bereits der Kamm geschwollen ist. Es muß hier mal ein Exempel statuiert werden. Das deutsche Volk will in seiner überwiegenden Mehrheit von den nationalistischen Herrschaften nichts wissen und lehnt es ab, ideell und de facto die Kosten für deren Ungehörigkeiten zu tragen.

Die Reichstagswahlen im Herbst.

Wie aus Berlin berichtet wird, haben sich das Reichskabinett und die Wehrheitsparteien dahin entschieden, daß die Wahlen erst im kommenden Herbst stattfinden sollen. Ausdrücklich ist für diesen Beschluß die Verhältnisse in den Abstimmungsgebieten gewesen. Würde im Frühjahr gewählt, so müßte zunächst die Frage gelöst werden, was in den Abstimmungsstellen Österreichs und was in Oberösterreich geschehen soll, will man die Reichsangehörigen dieser Gebiete ihres Wahlrechts berauben oder welche Möglichkeit besteht, daß der Wahlkampf dort unbeeinträchtigt und frei durchgeführt werden kann.

Deutschnationale Propaganda für Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur.

Berlin, 6. März. Deutschnationale Zeitungen kündigen einen demnächst erscheinenden Aufruf zur Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten an. Diese Zeitungen protestieren gegen die angeblich bestehende Absicht, die Wahl des Reichspräsidenten, nicht einer allgemeinen Volksabstimmung, sondern den gesetzgebenden Körperschaften zu übertragen.

Hindenburgs Popularität in gewissen deutschen Bevölkerungsteilen soll für die kontrerevolutionären Zwecke ausgenutzt werden. Daß Hindenburg im Kriege politisch total verfaßt hat, geniert die Reaktionen natürlich nicht; im Gegenteil, sie werden ihn umso leichter beherrschen. Im übrigen ist Hindenburg für sie eine Verlegenheitskandidatur, der Wahlhalter für einen besonders geeigneten reaktionären Mann oder, wie manche träumen, für den kommenden Monarchen. Aber das muß man den Reaktionen lassen: sie arbeiten methodisch und nicht ungeschickt.

Der Reichszentralrat über den Wiederaufbau.

Budapest, 8. März. Wie das Ung. Tel.-Norr.-Büro meldet, äußerte sich Reichszentralrat Bauer gegenüber dem Berichterstatter des „Reister Lloyd“ über den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs, die deutsche Regierung habe nach Übernahme der Verpflichtung, an dem Wiederaufbau sich zu beteiligen, nach Paris Delegierte entsandt, um dort Einzelheiten in dieser Frage zu besprechen. Eine andere Schwierigkeit ist die Belieferung Frankreichs mit den für den Wiederaufbau notwendigen Baumaterialien. Diese Frage steht im engsten Zusammenhang mit der Kohlenfrage. Der Reichszentralrat hofft, daß die Verhandlungen in diesem heißen Punkt, der zwischen beiden Ländern noch immer eine Atmosphäre von Mißtrauen erzeugt hat, dieses beseitigen werde.

Eine Kundgebung in München.

München, 7. März. Heute mittag fanden vor der Feldherrnhalle und auf dem Lenbachplatz Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge begab sich vor das Ministerium des Innern. Abteilungen der

Polizei und Truppen der Reichswehr stellten sich ihnen entgegen und räumten den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom Deutschösterreichischen Schutz- und Trutzbündnis, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

(Es scheint sich in diesem Falle weniger um eine Kundgebung gegen Wucherer und Schieber, wie um einen antijüdischen Schutz- und Trutzbund zu handeln. Schieber und Wucherer schreibt man und die Juden meint man, als ob die Christen weniger Talent zum Wuchern und Schieber hätten. Der Krieg hat es wahrlich deutlich genug gezeigt, daß das ganze Antijüdischgeschwätz vom angeblichen Wuchergeist der Juden Lug und Trug ist. Die Jogen. Christen haben sich durchaus nicht als die Besseren erwiesen, sonst müßten die Bauern beispielsweise lauter Engel sein. D. Red.)

Die Papiernot der Presse.

Aus Berlin wird berichtet: Unter dem Vorhild des Reichswirtschaftsministers Schmidt fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Länder statt, die sich mit Maßnahmen zu einer Berichtigung der Zeitungspreise befaßte. Minister Schmidt wies auf die außerordentliche politische Bedeutung der Aktion hin, welche eine Katastrophe für die Presse abzuwenden solle. Es wurde beschlossen, daß die Länder in kürzester Frist der Reichsregierung eine Erklärung zugehen lassen über die Beteiligung an einer Aktion zur Senkung der Preise durch Bewährung von Barzahlungen und Bereitstellung von billigem Holz. Nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers und des Unterstaatssekretärs Hirsch steht zu hoffen, daß die Länder sich zur Teilnahme an den zu treffenden Maßnahmen bereit erklären.

Eine Amnestie?

Berlin, 6. März. Nach der „Täglichen Rundschau“ hat die interalliierte Kommission einen Gnadenlaß für alle politischen Vergehen verfügt, ebenso für nicht politische Verbrechen, die mit bis zu 6 Monaten Gefängnis und 2000 M Geldstrafe bedroht werden, für Jugendsünden und Frauen bis zu einem Jahr Gefängnis und 3000 M Geldstrafe. Es handelt sich hauptsächlich um einfache Diebstähle, Gefährdungserwägung, Widerstandskräfte gegen Behörden. In Betracht kommen alle vor dem 11. Febr. begangenen Verbrechen.

Dänische Agitation im Abstimmungsgebiet.

Berlin, 6. März. Der deutsche Ausnahmefür Schleswig teilte mit: Aus verschiedenen Gegenden des deutschen Reiches erhalten wir die Nachricht, daß dänische Agenten, die vor der Abstimmung in der ersten Zone am Werke waren, den in der zweiten Zone stimmberechtigten Deutschen ihre Legitimationspapiere abzulösen, oder sie durch schwindelhaftige Versprechungen an der Reihe ins Abstimmungsgebiet zu verlocken suchen. Da es sich bei dem unehrerlichen Tun dieser Agenten um einen ebenso raffinierten wie gewissenlosen Versuch handelt, unter dem Schutz der für Dänemark so günstigen Salva durch gewaltige Geldmittel zahlreich Deutsche von der Ausübung ihres Stimmrechtes abzuhalten, so bitten wir die Behörden und unsere Nordmarkenfreunde dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist erforderlich, daß alle, an die Agenten mit ihrem schamlosen Anerbieten herantreten, diese Agenten festnehmen und ihre Personlichkeit feststellen lassen. Wir können keine deutsche Stimme einschleusen.

Volksabstimmung über den Völkerbund in der Schweiz.

Bern, 7. März. Die Session der Bundesversammlung wurde am 6. März geschlossen. Die nächste Session beginnt am 19. April.

Der Bundesrat lehnte die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund auf Sonntag, den 16. Mai, fest. Auf Grund eines Beschlusses wird der Bundesrat durch den eidgenössischen Gesandten in London am Montag, den 8. März, dem Sekretariat des Völkerbundes eine Erklärung überreichen lassen, daß die Schweiz dem Völkerbunde beitrete und daß die Volksabstimmung am 16. Mai stattfindet.

Weitere Beitritte zum Völkerbund.

Kopenhagen, 6. März. Die Erste Kammer des schwedischen Reichstages hat mit 86 gegen 47 Stimmen den Beitritt Schwedens zum Völkerbund beschlossen. Da die Vorlage von der Zweiten Kammer bereits angenommen ist, ist der Beitritt Schwedens zum Völkerbund endgültig entschieden.

Kopenhagen, 6. März. In der vorerwähnten Sitzung des Reichstages hat sich Norwegen mit 100 gegen 20 Stimmen für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen. Dagegen stimmten 18 Sozialdemokraten und vier Bürgerliche. Ein Sozialdemokrat stimmte dem Vorschlag zu.

Kein allgemeines Wahlrecht in Japan.

Amsterdam, 7. März. Den Blättern zufolge meldet die „Castren Service“ aus Tokio, daß der Ausnahmefür japanischen Unterhaus den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht abgelehnt habe, weil nach Ansicht der Volksvertretung die unteren Klassen noch nicht reif seien, sich selbst zu regieren und außerdem die Demokratie keine Gewähr für eine gute Regierung bilde.

Fluchtversuch Bela Kunns.

Berlin, 8. März. Privat. Der „Berl. Vol.-Anz.“ berichtet aus Wien: In der Nacht zum Samstag versuchten mehrere Männer im Krankenhaus von Stocerau, wo Bela Kunns untergebracht ist, den Wächter zu bestechen, der zum Schein auf ihre Wünsche einging, aber die Gendarmen verständigte. Inzwischen waren die Männer in die Nähe des von Bela Kunns bewohnten Pavillons gekommen. Beim Auslaufen der Gendarmen ergriffen sie die Flucht.

Um Matthias Erzberger.

Es ist ganz gleichgültig, welches Urteil die fünf Männer fällen werden, die im Helfferich-Erzberger-Prozess die deutsche Gerechtigkeit repräsentieren. Von einigem Interesse kann das gegen die Begründung des Urteils sein, weil sie vielleicht geeignet ist, einen Beweis dafür zu liefern, inwieweit deutsche nationale und kontrerevolutionäre Auffassungen in Richtertreuen Einfluß gewonnen haben. Wir stehen den Leistungen der deutschen Justiz in politischen Prozessen in tiefstem Mißtrauen gegenüber, denn wir haben in einem jahrzehntelangen Kampfe diese Leistungen kennen gelernt. Daß im kaiserlichen Deutschland in politischen Prozessen die Unabhängigkeit der Richter eine schöne Mär war, ist uns drastisch und oft genug bewiesen worden, wie wir auch die Phrase von der Staatsanwaltschaft als der „objektivsten Behörde“ in ihrer ganzen Wichtigkeit erkennen lernen mußten.

Seute, im demokratischen und republikanischen Deutschland, sind erst und in der Tat die Richter auch in politischen Prozessen unabhängig, d. h. unabhängig von jedem Druck der Regierung. Und die fünf Herren in Moabit haben anscheinend großen Wert darauf gelegt, ihre heutige Unabhängigkeit auch deutlich genug zum Ausdruck zu bringen. Das wäre recht schön und gut, wenn nicht während der Prozeßdauer so kleine Erscheinungen zu beobachten gewesen wären, die das neue und schöne Bild zu trüben geeignet sind. Wenn z. B. der Vorsitzende über momentan nicht amnestierte süddeutsche Zeugen sich also äußert: „Ja, ja, die Herren Zeugen aus Würtemberg! Sie sind wohl Mittageßen gegangen. Die Herren Süddeutschen sind eben gewohnt, etwas besser zu essen als wir. Sie sind wohl Späße essen gegangen?“, so fällt uns ein, daß die also apostrophierten Spätleesser durchgängig nicht im Sinne des Herrn Helfferich ausgesagt haben. Und wir denken schnell noch daran, daß der Herr Vorsitzende eine außergewöhnliche Rücksicht gegen die fein gebügten faulenzenden Weiber an den Tag legte, die stets den Zubehörraum füllten und durch höhnisches Lachen usw. gegen Erzberger Partei nahmen. Das mögen Kleinigkeiten und Nebenächlichkeiten sein, aber gerade wir Sozialdemokraten sind durch eine harte und lange Erfahrung in politischen Prozessen sehr scharfschauend und hellhörig geworden.

Doch das nur nebenbei. Der von Herrn Erzberger nach Moabit unternommene Ritt und die forensischen Kämpfe vor dem Tribunal haben ihn aus dem Ministerstuhl gehoben. Und das bedeutet vor allem auf das Lebhafteste, nicht als Niebe zum Zentrum oder zu Herrn Erzberger, sondern als allgemeinen politischen Gründen. Gerade die Gründe, die uns bestimmen, sein Ausscheiden aus der Regierung zu bedauern, sind ihm zum Verhängnis geworden, nachdem er sich in einer Stunde der lokalen Bedienung der gegenwärtigen Situation dazu hat verurteilt lassen, den Rabi gegen Herrn Helfferich anzurufen. Matthias Erzberger hat in den sieben Jahren seiner politischen Tätigkeit so manchen Verschuldigungen und Anwürfen fisch und fest getrotzt, daß er es auch diesmal hätte tun können. Wir wissen nicht, ob die Reichsregierung ihn gedrängt hat, den Weg der Klage zu beschreiten, oder ob Erzberger selbst der Reichsregierung diesen Vorschlag gemacht hat. Hat er ihn selbst gemacht, so war es eine kapitale Dummheit, für die er, der im politischen Leben doch erfahrene, eine empfindliche Strafe verdient hat. Er konnte und er mußte gesehen und gemerkt haben, daß seine haßerfüllten Gegner gerade diesen Schritt von ihm wollen und er konnte auch wissen, nach der heillosen Debe, die seit Jahr und Tag gegen ihn getrieben worden ist, daß Kleingelichte genügen werden, um ihn durch tausende deutscher Preßorgane in der Öffentlichkeit beinahe unmöglich zu machen. Daß sich im Leben eines derart viel beschäftigten Mannes wie Erzberger, der sich schon in allen Gängen der bürgerlichen politischen Betätigung versucht hat, und der leider stets Hans Dampf in allen Gassen pfeifte, Nebenheiten und Widersprüche finden werden, aus denen sich eine Niesenheke entfachen ließ, das hätte Erzberger wissen können.

Er mußte aber weit mehr wissen. So vor allem, daß es seinen Gegnern ja gar nicht an und für sich darum zu tun war, ihn etwa deshalb vernichten zu wollen, weil er in seiner Tätigkeit vielleicht nicht immer Politik und Geschäft so sorgfältig von einander getrennt hat, wie wir Sozialdemokraten z. B. das fordern, sondern daß er lediglich deshalb gestürzt werden sollte, weil er die stärkste Stütze der Koalitionspolitik im Zentrum ist, weil er ehrlich für die Republik und die Demokratisierung eintritt und weil er, und das ist die Hauptsache, dank seiner unermüdbaren Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit, gestützt auf seinen überragenden Einfluß im Zentrum, das Niesenwert der neuen Steuern durchgesetzt hat. Das muß doch auch der politische Gegner offen und ehrlich anerkennen: ohne Erzbergerische Energie und unermüdbare Arbeitskraft, ohne seine Nischenlosigkeit und ohne die in einer ungemein arbeitsreichen parlamentarischen Tätigkeit erworbenen großen Kenntnisse, wäre das Niesenwert der Steuererhebung kaum durchzuführen gewesen. Das wissen die Herrschaften, denen die Erzbergerische Steuererhebung so tief in den Geldbeutel hinein greift, genau und so gut wie wir. Darum der tödliche Haß gegen diesen Mann. Und diese Kreise wußten auch, daß die reaktionären Elemente im Zentrum solange und vorläufig vergeblich gegen die demokratisch gerichtete Politik Erzbergers kämpfen werden, solange man ihm nicht erfolgreich ein Bein stellen kann. Die Versuche, im Parlament mit Erzberger fertig zu werden, sind alle kläglich gescheitert. Da wurde, unterdessen die Debe gegen Erzberger mit den stumpfsten Mitteln weiter geführt, aus Antistuben und aus Duschden von gelegentlichen Unterhaltungen

Wahnen die un- Gebapfeln an andres erwid- evision des Zeit-
Neuherung eines
gegeben, monach
i. Die Lage bei
vorkaufig als
werden muß, bei
spätschen Länder
tausch der West-
sind nur schau-
Nachrichten bei
elin erklärte bei
anes am 10
einigen Stufen
der Vereinigten
r als im Vorh
den Rückgang
dang nach der
gegen 890 000
zhalb der Stra
ändler berfich
Zonen Weizen
Diese Weizen
Markt, als
mehr zu den
die Zahlungs-
Ausführer
en Weizen ge
über 1 Millien
wegen ist die
tanzreich und
en, eben so wie
Millionen Lan
nützlichen Mel
Der Wiber-
zufriedenheit
zukunft, wäh
des schlechten
ffen. Auf der
dur durch den
fuh nach den
andere Länder
gemalte Ge
berheitlich auf
über die dürf-
nützlichen wer-
Beltungsmittel
zur Verfügung
a und Auftra
nnet das rein
nigen Länder
kann. Wenn
dern die Kapl-
ens au des
rth
nt zurückkeh-
Da Herr
begabt ist,
berühmtheit,
Dr. Wirth
rann gegen
Rämpfe mit
er in diesen
gegen getre-
licht, um die
un ist Herr
solchen An-
b aber Herr
norm schwe-
ung barren,
d beschlagen
Nachdruck
diese.
erfchlug die
das Fleisch.
nd und Lieb
man einem
Schrecken,
von einem
nst Prigel
nach dem
er plötzlich
id, seinem
ualmenden
nach dem
hunden ist,
n Sacher
den Rüt-
chlug ihre
dt ein.
chrift die
ndt. In
Anfrage
silbernen
in Feder-
schwarzer
schreiben.

gestellt werden muß. Es würde ein großer Triumph für die Reaktionäre bedeuten, wenn sich etwa nach der Beratung des Herrn Dr. Wirth ergeben sollte, daß er den Finanzproblemen nicht ganz gewachsen sein sollte. Wir glauben Herrn Dr. Wirth zur Genüge zu kennen, um sicher zu sein, daß er sich selbst diese Frage auf das peinlichste und gewissenhafteste stellt. Wir würden ihn aus dem badi- schen Staatsdienst nur mit großem Bedauern scheidend sehen, weil damit auch verbunden wäre, daß er der politischen Tätigkeit in Baden vorläufig entrikt werden würde. Es erscheint uns aus mancherlei Gründen von erheblichem Werte zu sein, wenn Männer wie Herr Dr. Wirth auch in der Zukunft ihre Kraft dem politischen Leben in Baden selbst widmen könnten.

Neue Eingänge im badi schen Landtag. Im badi schen Landtag haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Schoppe und Gen. eine förmliche Anfrage über die Berechtigung des Jübi lerversorgungsscheins eingebracht, welche lautet: Ist der Regierung bekannt, daß Inhaber des Jübi lerversorgungsscheins deshalb keine Anstellung beim Landesfinanzamt, welches seit 1. Oktober v. J. Reichsbehörde geworden ist, finden können, weil genannter Versorgungsschein nur zur Anstellung bei den Behörden des Landes Baden berechtigt? Sind keine vertraglichen Übergangsbestimmungen mit der Reichsbehörde getroffen, welche die Inhaber des Jübi lerversorgungsscheins, der eine 15jährige Gesamtdienstzeit voraussetzt, vor Schaden bewahrt? Ferner haben die Abgg. Spengler (Ztr.), Siegelmeier-Bruchsal (Ztr.) und Hertle (M.) einen Antrag eingebracht, in welchem sie eine Abänderung des Jagdgesetzes dahingehend wünschen, daß den Gemeinden größere Freiheit in der Zusagserteilung an die drei Höchstdiensten haben. Ferner wird die Einfügung einer Bestimmung in das Jagdgesetz beantragt, die lautet soll: „Die Grundeigentümer, die nach § 4 des Jagdgesetzes von ihrem Rechte der selbständigen Jagdausübung Gebrauch machen, sind verpflichtet — sofern die Grundeigentümer der Gemeinde jagung freigegeben sind — einen verhältnismäßigen Beitrag alljährlich in die Gemeindefasse zu bezahlen.

Zur Wiederaufnahme des Sonntagsverkehrs. Die in den letzten Tagen in einem Teil der badi schen Tageszeitungen enthaltene Nachricht, daß die Wiederaufnahme des Personenverkehrs in Baden an Sonn- und Feiertagen für die allernächste Zeit in Aussicht genommen sei, trifft in dieser Form nicht zu. Wegen der Wiederaufnahme des allgemeinen Personenverkehrs an Sonn- und Feiertagen hat die badi sche Eisenbahnverwaltung allerdings schon vor einiger Zeit Verhandlungen eingeleitet, da dieser Verkehr zweckmäßig nur im Vereinigen mit den zugehörigen Eisenbahnenzentralbehörden und benachbarten Eisenbahnverwaltungen wieder aufgenommen werden kann. Voraussetzung ist außerdem, daß die Betriebslage es gestattet und die Kohlenversorgung gesichert ist. Nach der derzeitigen Lage der Verhältnisse kann angenommen werden, daß der Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen in Baden in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werden wird. Voraussetzungen dürfte dies aber vor Ende März nicht der Fall sein.

Die Auszahlung der Feuerungsbeiträge. Ein Lehrer schreibt uns: In Nummer 53 uneres Parteiprogramms findet daselbst eine 2. Abschlagszahlung auf die im 3. Raster beigefügten neuen Feuerungszulagen an. Ich habe 5 Kinder und kann nicht verstehen, wie im Januar hinterzogen, den Höchstbetrag bezugnehmend Kollegen der gleiche Betrag (250 M.) ausbezahlt wurde. Da muß ich mich gegen die ungedeckte Art der Auszahlung wenden. Es leuchtet doch jedermann ein, daß ein kinderloses Ehepaar mit dem gleichen Betrag weiter kommt, als ich mit meiner siebenköpfigen Familie. Vielleicht bekomme ich den auf die Kinder entfallenden Mehrbetrag später nachbezahlt — wenn die Preise weiter gestiegen sind. Trotz der Beschränkungszulage war es mir in 5 Jahren nicht möglich, ein Paar Stiesel zu kaufen, weil immer wieder Schulden zu bezahlen waren und Ausgaben für die Kinder den Rest verschlangen. Nun würden 250 M. vielleicht noch für ein so notwendiges Kleidungsstück reichen, wenn die Lebenshaltung nicht auch diese Abschlagszahlung verschlänge. Es ist demnach vom Finanzministerium zu verlangen, daß die Kinderzahl bei den Abschlagszahlungen berücksichtigt wird; die Kinder verursachen nämlich nicht erst Kosten, wenn das Finanzministerium mit seinen Berechnungen fertig sein wird.

Zonas stand im gleichen Augenblick in einer Vorstadt- kneipe, klopfte einen Watsch aus den Rippen und ahmte Tierstimmen nach. Dann ging er einsameln. Die Wirtin schenkte ihm ein Stück Brot mit Wurst. Hungrig biß er hinein. Da gab sie ihm auch einen Zinifer.

Draußen vor der Türe erwartete ihn das Weib, langte in seine Taschen und nahm das Geld an sich. Unter ihrem festen Griff hielt der Burische still, kniff die Lippen zusammen und dachte nur wütend daran, daß der Stämmige all das Geld haben sollte.

So war er bereits durch fünf Wirtschaften gezogen und jedesmal nahm ihm die Zigeunerin sofort alle Münzen ab. Nun kamen sie an eine große Eckkneipe, in der reges Leben herrschte. Zonas trat hinein und bot diesmal sein Bestes. Er hatte sofort bemerkt, daß dieses Lokal zwei Ausgänge besaß. Zuerst spielte er bei jener Türe, an welcher er eingetreten war und sammelte dort. Dann stellte er sich noch einmal in die Mitte des Lokals, um zu zeigen, was er leisten konnte. Nachdem er beendet, ging er rasch mit dem Tüte herum, holte zum Schluß mit einem Griff das Geld heraus, um es in die Tasche zu stecken.

Dann trat er durch die zweite Türe ins Freie. Um die Ecke spähend, sah er das Weib vor der Türe, durch welche er kam, stehen. Dann trat er durch die zweite Türe ins Freie. Um die Ecke spähend, sah er das Weib vor der Türe, durch welche er kam, stehen. Reife schritt der Burische über die Straße hinweg, ging schneller und verschwand dann laufend in der Richtung gegen den Strom, um über die Brücke zu entfliehen. Denn nun fühlte er die Fähigkeit, sich selbst durchzuschlagen.

Der Tod des Alten, die Schwucht des Weibes. Wlode und Prigel des Stämmigen hatten ihn an einem einzigen Tage in ündig gemacht. Den Strom aufwärts, auf dessen Damm laufend, unter einer Eisenbahnbrücke hinweg, schlug er wieder die Richtung gegen den Dornwald ein. Schritt breitpurig, die Hände in die Hosentaschen verfenkt, und mit dem Gelde klammernd wie die Gründer seines Stammes, in die Nacht hinaus. Ohne zu rasten bis tief in den Tag hinein. Dann stahl Zonas das erstmal ein Subn auf eigene Faust!

Landwirtschaftsstatistik und Siedlungsgezet in Baden.

gr. Der bereits bekannt gegebene Entwurf des badi schen Ausführungsgezetes zum Reichsiedlungsgezet enthält in seiner Begründung eine Reihe zahlenmäßiger Ueberichten, die von großem öffentlichen Interesse sind, wenn auch, wie festgesetzt werden muß, die gerade im Zusammenhang mit dem Siedlungsgezet interessante Statistik über die Besitzverhältnisse der badi schen Grund- und Standesherrschaften nach der Größe des einzelnen Besitzes und Flächen möglichst im Zusammenhang mit den angrenzenden bäuerlichen Besitztümen bei den verschiedenen Zahlenübersichten mit Stillstehen übergegangen werden. Die Zahl der landwirtschaftlichen beschäftigten Bevölkerung Badens ist zwar im Laufe der Zeit der Zahl nach (1882: 332 114; 1907: 426 796) gestiegen; jedoch im Verhältnis zu den anderen Berufen dauernd zurückgegangen, indem von 100 berufstätigen Personen 1882: 49,28; 1896: 42,58 und 1907 nur noch 37,59 in Landwirtschaft, Gärtnerei (Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei tätig waren. Der Rückgang der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung brachte jedoch infolge der starken Rationalisation der badi schen Industrie nicht eine so scharfe Scheidung zwischen der industriellen und landwirtschaftlich beschäftigten Bevölkerung wie in anderen Teilen Deutschlands. Eine erwährensweise Beobachtungsbemerkung haben von 1871 bis 1910 nur einige wenige, rein ländliche Bezirke erfahren wie Bonndorf (von 16 950 auf 16 514), Engen (von 22 336 auf 21 298), Westlich (von 15 150 auf 14 266), St. Blasien (von 10 294 auf 9 951), Dreifach (von 21 121 auf 20 366), Staufen (von 20 086 auf 18 211), Adelsheim (von 14 950 auf 13 214) und Vörsberg (von 16 992 auf 16 102). Im Zusammenhang damit mag beiläufig erwähnt werden, daß umgekehrt gederliche Bezirke wie Mannheim (von 63 304 auf 225 490), Karlsruhe (von 67 290 auf 163 737), Forstheim (von 49 282 auf 106 850) starke Bevölkerungszunahmen verzeichnen.

Eine Uebericht über die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse Badens zeigt im Jahre 1907, daß von hundert Betrieben sind: 59 Kleinbetriebe bis 2 Hektar (Preußen: 61,8), 26,1 Kleinbäuerliche Betriebe von 2—5 Hektar (Preußen: 15,3), 14 mittelbäuerliche Betriebe von 5 bis 20 Hektar (Preußen: 17,1), 0,3 großbäuerliche Betriebe von 20—100 Hektar (Preußen: 5,2) und 0,05 Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar (Preußen: 0,6). Auf großbäuerliche Betriebe und Großbetriebe entfallen in Baden 12,2 v. H. gegen 60,4 v. H. in Preußen. Auf Großbetriebe entfallen in Baden 3 von 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche. In der Zeit von 1882 bis zum Jahre 1907 ist die Zahl der Zwerge- und Partzellenbetriebe von 126 242 auf 163 635, also um 27 393 gestiegen. Die Zahl der Kleinbäuerlichen Betriebe wuchs um 1548. Hingegen verminderte sich die Zahl der mittelbäuerlichen Betriebe um 85 und die der großbäuerlichen Betriebe um 1009, während die Großbetriebe von 83 auf 119, also um 36 stiegen. Bei den 73 121 Zwergebetriebe. Von den 75 514 Partzellenbetriebe (1/2 Hektar bis 2 Hektar) sind nahezu die Hälfte Hauptbetriebe und von den 67 977 Kleinbäuerlichen Betrieben sind rund fünf Sechstel Hauptbetriebe. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft von 150 702 im Jahre 1882 auf 182 112 im Jahre 1907, also um 18 500 sank, dagegen die Zahl derjenigen, die die Landwirtschaft im Nebenberuf ausüben von 126 389 auf 187 139, also um 60 800, wuchs.

Nachteilig für die badi schen Ernährungsverhältnisse wirkt der überstarke Fortschritt im Baden, mit dem unter Land an der Spitze der deutschen Staaten steht. Bei einer Gesamtfläche von 1 507 986,1 Hektar hat Baden 588 865,9 Hektar Forsten und Holzungen, d. i. 39,07 Proz., während Preußen nur 24,17 Prozent, Württemberg 31,0 Prozent, Bayern 22,88 Prozent hat. Von 1904 bis 1913 sind in Baden nur 200,63 Hektar Wald ausgeforstet worden, während 4 957,92 Hektar neu angelegt wurden, so daß sich eine Waldzunahme von 4 757,29 Hektar ergibt.

So bestehen also in Baden erhebliche Mängel, um das Ergebnis unserer landwirtschaftlichen Produktion zu erhöhen und weitere landwirtschaftliche Ergänzungen zu schaffen. Neben Ueberarmung von Debland (748 Hektar unfruchtbarer Moorflächen, 7791 Hektar ertraglose Flächen und 2808 Hektar ungenutztes Neufeld, die allerdings auf ihre Ueberarmung noch nicht geprüft sind) und teilweiser Auslöschung von Wäldern, soweit diese nötig und wirtschaftlich ist, wobei neben Staatswaldungen (für diesen Winter sind in den Staatswaldungen der forstbetriebe Mannheim, Philippsburg, Bruchsal, Graben, Zurlach, Langenheinbach, Karlsruhe-Hardt, Rheinböschheim und Vörsberg Rodungen beschlossen), die nur ein Sechstel der gesamten Waldfläche ausmachen, auch anderer Waldbesitz für Siedlungszwecke in Anspruch zu nehmen ist, handelt es sich vor allem darum, die Besitzverhältnisse im Interesse der Gesamtheit abzuändern, wozu das vorgelegte Ausführungsgezet zum Reichsiedlungsgezet ein Mittel ist, wenn es auch untern badi schen Verhältnissen nicht in dem Maße gerichtet werden kann, als das von der badi schen Regierung ursprünglich beabsichtigte Badi sche Siedlungsgezet, das die Enteignung bereits bei 50 Hektar, statt wie jetzt bei 100 Hektar vorsah. Trotzdem kann auch dieses nutzbringend wirken, wenn die badi sche Regierung bei ihrer Erkenntnis der Notwendigkeit landwirtschaftlicher Siedlungen die wirtschaftlichen und politischen Gebote der Stunde zur Verwirklichung bringt, über deren Art allerdings der Entwurf, trotzdem er ein Ausführungsentwurf ist, nichts geistlich Programmatisches sagt. Wie hoffen daher, daß uns die kommenden Beratungen des Entwurfes hierüber Klarheit und damit reichere Wirkungsmöglichkeiten der Verwaltungsbehörden bringen, wobei es Ziel des Siedlungsausführungsgezetes sein muß, die ökonomischen Gebote der Agrarwirtschaft hinsichtlich des reicheren Ertrages größerer landwirtschaftlicher Betriebe (nicht Katifundien) und die hiermit harmonisierende sozialistische Forderung auf Stärkung des Staatsbesitzes (der sowohl als gewer geschlossener Gutshof, wie als Kleinland in Pacht und Erbpacht gegeben werden kann) mit dem Verlangen der Bauern nach Begünstigung landwirtschaftlichen Besitzes soweit es erzieherisch erforderlich ist (das sowohl die große französische Revolution wie die russische Aderrepublik mit bestem politischem Erfolge erfüllte), bei Vorkaufrecht des Staates und schließlich der Schaffung zahlreicher erzieherischer Bauern-Siedlungen zweckmäßig zu vereinigen.

Gemeindepolitik. Tagung des badi schen Städteverbandes.

Der Vorstand des badi schen Städteverbandes war am Montag in Baden zu einer Sitzung versammelt, in welcher er sich u. a. mit den Satzungen der Handelskammer befaßte. Da die Handelskammer nach Ansicht des Unterrichtsministeriums zu den Fortbildungsschulen gehören, soll an ihnen kein Schulgeld mehr erhoben werden. Deshalb müssen die Satzungen der Handelskammer hinsichtlich der Regelung der Kostenverteilung zwischen Staat und Gemeinde abgeändert werden. Der Vorstand des Städteverbandes beschloß, einen entsprechenden Antrag beim Ministerium zu stellen. Sodann wurde die Beteiligung der Städte an der zu gründenden badi schen Kraftverkehrs-Gesellschaft befürwortet, nachdem das Reich seine Beteiligung zugesagt hat und aus der Erwägung, daß die allgemein herrschende Verkehrsnot durch die Gesellschaft eine Erleichterung erfahren könne. Gegen die Absicht der Reichsregierung, die Kriegswolffahrtsp-

pflege im wesentlichen mit dem ersten April ds. Jz. einzustellen und von diesem Zeitpunkt ab die Beiträge des Reichs in Wegfall kommen zu lassen, wurde nachdrücklich Einspruch erhoben. Ferner befaßte sich der Städteverband mit der Absicht die Ferienordnung zu ändern, damit das infolge der Kohlenferien Versäumte nachgeholt werden kann. Es wurde beschlossen, das Unterrichtsministerium zu ersuchen, vor einer endgültigen Regelung dieser Angelegenheit den Städten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Eingehend erörtert wurde hierauf der neue Entwurf einer Gemeindeordnung. Sodann brachte der Vorstand des bad. Städteverbandes noch zum Ausdruck, daß die Verordnung über die Gewährung von Baudarlehen im Jahre 1920 in seiner Weise den vorhandenen Bedürfnissen gerecht wird. Es wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Abänderung der Verordnung beim bad. Arbeitsministerium und den Reichsbehörden entschieden zu verlangen ist, wenn die Bau-tätigkeit nicht gänzlich eingestellt werden soll.

Das Gemeindefallend. Ein Genosse aus Welsch, neureut schreibt uns: Vergangenen Sonntag fanden bekanntlich in unserem Landtagswahlkreis Konferenzen der Gemeindefallender statt, in denen verschiedene Tagesfragen besprochen wurden. Eine brennende Frage jedoch, die in Neureut von einem Genossen aus Reoboldshafen kurz angegriffen wurde, konnte leider nicht mehr diskutiert werden, nämlich die Almendfrage.

Unter der Almendfrage verstehen wir im allgemeinen den Reichum einer Gemeinde. Gerade wie es im gewöhnlichen Leben Reiche und Arme gibt, so gibt es in den Kommunen reiche und arme Gemeinden, und solche, die gar nichts haben. Es gibt reiche Gemeinden, die neben großem Bürgernutzen frei von Abgaben sind, andere erheben neben dem Bürgernutzen noch eine kleinere Umlage. Jene Gemeinden aber, die weder Almend noch sonstiges Gemeindefallend besitzen, befinden sich in der schlimmsten Notlage. Hier muß ein Ausgleich gefunden werden. Die Gemeinden sollen die Fundamente, die Grundpfeiler des Staates sein; aber dann müssen auch die Fundamente auf gutem Boden sitzen. Wenn wir in den Akten der Gemeinden nachlesen, so finden wir, daß jede Gemeinde mit ihrem Gemeindefallend ihre eigene Geschichte hat. Wir sehen, wie manche Gemeinden durch die Schuld der Landesfürsten bereichert wurden, während andere in Armut kümmerlich dahin vegetieren mußten. Dieses Gemeindefallend oder Almend kommt auch bekanntlich nur einer beschränkten Anzahl von Bürgern zu gute, zum Schaden der anderen Staatsbürger. Wie gesagt, hier muß ein Ausgleich geschaffen werden. Diese Rechte stammen alle aus dem Mittelalter, aus der Zeit der Frongebunden und der Leibeigenschaft. Die neue Zeit hat dieses umgewandelt, sie wird und muß auch aus diesem Stück Mittelalter etwas Brauchbares für die neue Gemeindeordnung machen.

Unsere nächste Gemeindefallenderkonferenz wird sich wohl mit dieser Frage beschäftigen müssen. Vielleicht könnte sie in den einzelnen Organisationen besprochen und in der nächsten Konferenz erschoßpend behandelt werden. R. F.

Dürmersheim, 5. März. Für eine demnächst stattfindende Stammholzberseigerung hat der hiesige Gemeinderat einen ganz rüstständigen Beschluß gefaßt. Darnach sollen alle Steigerer von Ortsanfässigen nur Hausbesitzer zugelassen werden. (1) Ein stichhaltiger Grund für diesen unglücklichen Beschluß kann nicht angegeben werden. Denn es ist ersichtbar, daß gerade Hausbesitzer es sind, die bei solchen Anlässen das Stammholz zum eigenen Gebrauch kaufen, schneiden lassen und nach einiger Zeit mit großen Gewinnen — weiterverkaufen. Letzten Endes läuft deswegen dieser Beschluß auch nur auf Schikanen hinaus, und es ist deswegen um so unverständlicher, daß sogar Parteigenossen einem derartigen Beschluß zustimmen konnten.

Dinglingen, 4. März. Die Gemeinde übernimmt das Anwesen und die Einrichtung der Griesenbrauerei zum Preise von 950 000 M. In dem Gebäude sollen Wohnungen errichtet werden zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Maschinen will man verkaufen.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumverein für Baden-Baden und Umgebung.

Die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres 1919/20 brachten unserer Genossenschaft weitere 1136 Mitglieder, sodas wir am 31. Dezember v. Jz. 4550 Familien mit circa 16 000 Personen in unserem Konsumverein vereinigen. — Eine weitere Warenverteilungsstelle wird in den nächsten Monaten in Oberkirch eröffnet werden müssen, wo sich bereits über 400 Familien unserer Genossenschaft angeschlossen haben. Die Zahl der Verteilungstellen wird sich dann auf 13 erhöht haben. — Die Orte Ruppenheim, Wühl, Kappelrodt u. a. sind ebenfalls an die Verwaltung herangezogen zwecks Eröffnung von Verteilungstellen. — Unsere Genossenschaft wächst sich immer mehr zu einem Bezirkskonsumverein aus. Der Umsatz in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1919 betrug 1 156 223 M., gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein Mehrumsatz von 911 859 M. Wenn auch die gemaltigen Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt bei obiger Umsatzsteigerung eine wesentliche Rolle spielen, ist doch die Aufwärtsbewegung an Mitgliedern ein erfreulicher Beweis, daß der Genossenschaftsgedanke in allen Bevölkerungskreisen unseres Bezirkes immer mehr Eingang findet. Die Genossenschaft wird im laufenden Geschäftsjahre einen Umsatz von über 3 Millionen Mark machen. Auf diesen Umsatz wird den Mitgliedern eine Gewinnbeteiligung von 5 Prozent — 150 000 M. ausbezahlt werden. Das alles vermag nur genossenschaftlicher Geist durch Zusammenfassung der Verbraucher in leistungsfähigen Konsumvereinen-Organisationen.

Der am 12. ds. Mts. abends 7 1/2 Uhr im Saale der Brauerei Meier in Baden-Baden stattfindenden Halbjahresgeneralversammlung wird ein Antrag der Gesamtverwaltung zur Beschlußfassung vorliegen, bei den Genossenschaftsmitgliedern eine Anleihe von 300 000 M. aufzunehmen zu dürfen. Die Anleihe wird aufgelegt in Anteilsscheinen von 50 M., 100 M., 250 M., 500 M. und 1000 M., sodas es auch den Kinderbemittelten möglich gemacht wird, sich an dieser Anleihe zu beteiligen. Zweck der Anleihe ist die Erbauung einer Bäckerei und Betriebszentrale auf dem erworbenen Grundstück in Cos. Besonders mit der Schaffung einer eigenen modernen Bäckerei, trägt die Verwaltung den tiefgehenden Wünschen der Mitglieder Rechnung. Die Anleihe selbst wird mit 5 Prozent bezinst werden und bildet für die Mitglieder eine sichere, wertvolle Kapitalanlage. Weiteres über die Anleihe wird den Mitgliedern nach Beschlußfassung durch die Generalversammlung in den Warenverteilungsstellen bekannt gegeben.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

In der Besserung der Arbeitsmarktlage ist wieder ein Stillstand eingetreten infolge Ausbleibens größerer Kostensenkungen. Einschränkungen und Schließungen mussten wieder in einigen Fabriken vorgenommen werden und es steht die Befürchtung bevor, daß weitere folgen werden. Trotzdem ist der Stand der Erwerbslosen wieder zurückgegangen und zwar von 5724 auf 5582, die Zahl der darin enthaltenen weiblichen Arbeitslosen beträgt noch 891. In der Landwirtschaft ist es nicht mehr möglich, die große Anforderung von Arbeitskräften aller Art durch einheimische Leute zu decken, es soll erzwungen werden, die Hebung der Landwirtschaft durch Hinzuziehung ausländischer Arbeitskräfte durchzuführen.

In der Metall- und Maschinenindustrie ist immer noch eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften festzustellen. Die Industrie der Steine und Erden sucht vor allem Steinbrecher, die Holzindustrie sowie das Velleidungsgewerbe weist eine zunehmende Nachfrage nach männlichen und weiblichen Kräften auf. Ungünstig ist dagegen immer noch die Unterbringungs- und Beschäftigungslage im Nahrungs- und Genussmittels, sowie im Dienstleistungsgewerbe.

Infolge Einschränkungen und Schließungen von Betrieben kommen wieder außer 300 Arbeitern der Portlandzementwerke Weidberg rund 120 Männer und 50 Frauen zur Entlassung. Auch die Porzellanfabrik A. Wolfhart in Baden-Baden beschäftigt, falls die zum 1. April vorgesehene Zigarettensteuer durchgeführt wird, ihren Betrieb ganz bedeutend einzuschränken; es würden dadurch 93 Arbeiter, 233 Arbeiterinnen und von den Angestellten 63 männliche und 29 weibliche Kräfte zur Entlassung kommen.

Erwerbslosenunterstützungen wurden in der Berichtswöch 277246 M., in der Vorwoche 283591 M. ausbezahlt. Für Arbeitszeiterkürzung wurden in dieser Woche 96910 M. verausgabt. Mit Kolonialarbeiten waren in der Berichtswöch noch 4134 Erwerbslose beschäftigt, denen in der Vorwoche 4294 gegenüberstehen.

Wehr Interesse für die Versicherungsgehalte.

Von Anhängern der Sozialpartei Nordrach geht und folgende Zuschrift zu: Wie bekannt, werden ab 1. April die Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung erhöht. Das ist nur ein Notbehelf sein kann und die sozialen Versicherungsgehalte einer gründlichen Umarbeitung bedürfen, ist jedem Eingeweihten ohne weiteres klar. Aber bei den Versicherungen muß mehr Interesse als bisher für die Versicherungsgehalte gezeigt werden. Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter sollte über Rechte und Pflichten der Versicherten, sowie über die ganze Organisation unserer Versicherungsgehalte orientiert sein. Das zu erwerbende neue Gesetz muß so geschaffen sein, daß sich die Unternehmungen den heutigen teureren Zeitverhältnissen anpassen. Daß mit den heutigen Sätzen nicht mehr auszukommen ist, beweist die Tatsache, daß z. B. eine Familie, deren Ernährer einer Heilstätte überwiesen wurde, 4 März 50 Pfennig Unterstützung pro Tag erhält. Dieses erschreckende Beispiel zeigt recht deutlich die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungssätze, hoffentlich wird es bald ernst damit.

„Sabotage des Reichsiedelungsgesetzes.“

Zu dem unter vorstehender Überschrift im „Volkstempel“ erschienenen Artikel läßt uns die Vab. Land- und Siedelungsabteilung durch die Freisprecherin der bad. Regierung folgendes mitteilen:

1. Bevor der Einsender der Notiz der Siedelungsabteilung irgendwelche Vorwürfe wegen Vernachlässigung der Siedelung „Eichenreut“ machte, würde es richtig gewesen, dafür zu sorgen, daß das Material hierfür, insbesondere der Vorkontrakt der Siedler, der Siedelungsabteilung endlich einmal vorgelegt worden wäre.

2. Die Siedelungsabteilung interessiert sich für derartige vorläufige Siedelungen, wie sie unter dem Namen „Eichenreut“ bei Karlsruhe gedacht ist, ebenso sehr, wie für bäuerlich-landwirtschaftliche Siedelungen, da sie im Interesse der Volksernährung und der Erhaltung der Bevölkerung beide für gleich notwendig hält. Die Vab. hat derartige Siedelungen auch an verschiedenen Stellen des Landes ins Auge gefaßt und hofft auch, in diesem Jahre noch mit der praktischen Verwirklichung beginnen zu können.

Berliner Brief.

Wenn man vor dem „Schleifischen Bahnhof“ steht, glaubt man inmitten eines Märchenlandes zu leben. Was da alles feilgeboten wird, grenzt schon an Märchenhaftigkeit. Zur Zeit sind junge Leute ein gern begehrtes Kaufobjekt. Hals- und Gangbänder, Damen aus dem Westen sind die Käufer und diese feilschen nicht lange. Ihre Begleiter stehen dabei, erwartungsvoll, den fünfziger in der Hand, um bald den Hund in der Paletottasche verschwinden zu lassen. „Die Liebe ist auf den Hund gekommen“, sagte ein Droschkentreiber neben mir. Der Mann hat recht. Früher schenkte der Galan Blumen, Ringe, Geschenke, heute gibt man sich mit Hundchen ab. Es ist gewiß bezeichnend, daß die hübschen Käuferinnen sich so gern die Jungen der Hundchen zeigen lassen. Haben sie das vom Arzte gelernt? Die Hunde sind so klein, daß sie just in die Pratschame eines Junggeleitens passen würden. Aber sie sind begehrter, werden gekauft und erzogen. Einen Hund zu haben ist modern. Jeder Salon im Westen besitzt solch ein niedliches Tierlein. Masse spielt keine Rolle. Die Hauptsache ist: man hat solch ein haariges Püschelchen auf dem Schoße und spielt damit.

Das ist die Höhe! Tausende Waisen irren umher und suchen liebe Menschen. Tausende verkommen im Weltstadthetriebe; ihre Namen kennen nur die Richter, die Krankenhäuser und letzten Endes die Totengräber.

Und Gunden weicht man überflüssige Menschenliebe. Ueber des alten Roms Niedergang hat uns die Weltgeschichte schon so oft belehrt. Möge man einst über das nordische Northage ein glimpflicheres Urteil fällen und finden. Ueber allem hängt ein dünnschwarzer Februar-Simmel. Grau wie das Elend ist das Firmament. Die Damen, schwer mit Pelz behangen, die Herren in gefütterten Pelzmänteln — gefreit gegen die Kälte und Kolkennot: so holt sie die kalte Gesellschaft verüber an nackten Kinderfüßen, an unbedeckten Frauenhäuptern, in zitternden, blutleeren, hölzernen und oft schwangeren Weibern. Es ist als ob die kalte, noble Menschheit eine Parade abnehmen wollte über das Elend, das hier vor dem Schleifischen Bahnhofe handelt, bettelt, freiert, liebt, ja sogar noch tanzt.

Mit der Stadtbahn fahre ich nach Charlottenburg. Was für ein Treiben herrscht auf dem Kurfürstendamm! Autos mit tollkühnen Leuten gefaßter Liebe rasen vorüber. Aus den Kaffeehäusern eines an das andere grenzt, können die Klänge der Kapellen, die nur dem Erdernen baldigen. So kann man von der Kurier Wilhelm-Gedächtniskirche bis zur Bismarckstraße während die moderne Welt studieren und — wer Lust hat — gemessen. Schon fallen einige Plöden zur Erde. Ich trete ein in das Kaffee des Westens, um leuchtende Kaffee Brötchen zu kaufen. Hier empfängt mich der Jägerdor aus dem Reichthum, auch modernisiert und dem herrlichen Geschmack zugeführt. Alle Tische sind besetzt; hoch der Ober führt mich noch zu einem leeren Tisch weit in der hintersten Ecke. So kann ich das ganze Kaffeehaus mit einer Tasse Kaffee zu 2 M. und ich habe das Vergnügen im Kaffee der Kunstgenüsse, der Berliner Bohème zu sitzen. Ueber dem Fenster hat man die namhaftesten Bohémien im Wilde vereint. Da ist Petr. Wille, Herr Niwoli, der Monarchenkomponist und viele andere zu sehen. Ein Kaiser in Land- und Luft geht sich zu mir und studiert den Pariser „Matin“. Der Herr spricht mich an und ich erwidere, daß er der Sohn eines Präsidenten aus Ostpreußen ist, 28jährig, vom Kriege in Italien übertraf, in Deutschland nach der Front geschickt wurde, und nach langen Leiden und Entbehrungen zurückgekehrt war und in Potsdam bei einer Gönnerin seiner Kunst ein Geschäft freier Liebe gibt. Er lehrt tagtäglich hier ein, denn er fühlt sich als Bohème, muß in dieser Atmosphäre leben, die ihm zum Lebensstudium geworden zu sein scheint. Er zeigt mir Bilder eines ungebundenen Menschengenies, und ich freue mich der strebenden fröhlichen Jugend, welche selbst wieder jung und versehe die winterlichen Anwendungen des Gemütes.

Auf der Zauerkönig-Strasse in der Nähe des Wittenberger Platzes. Husaren mit roten Wägen und ebenbürtigen Mägen, Gamaschen um die dünnen Waden gewickelt, stehen herum und klaffen in die Schaufenster des Kaufhauses des Westens. Runge Burlesken, die wohl noch nie auf einem Pferde saßen, stolzieren wie Akademiere herum. Es ist, als kämen sie von irgend einem Maskenball. Dazwischen sind Matrosen sichtbar, die wieder auf einem Spreekanal, noch weniger auf einem Kreuzer bedienstet waren. Aber sie verziehen das Kreuzen und Lavieren, um heute noch in einen Hafen zu gelangen. Das ist die männliche Prostitution, die sich hier bei hellstem Tage breitmacht, die weibliche Konkurrenz in dieser Gegend verdrängt hat und das Feld freigleich behauptet.

Wenn eine Tante geleht, bietet ein blinder Mann Streichhölzer an. Er hatte früher unter der Westküste zu leiden, dann das Augenlicht verloren und steht mit seinem fünfjährigen Söhnchen hier. Die Behörde hat ihn ein paar mal schon verhaftet, aber er geht auch in eine Anstalt schaffen wollen. Aber die Stadtväter gehen bei seiner Angelegenheit zur Tagesordnung über, die er auf sich anwendet und die heißt: „Kaufen Sie Streichhölzer, bitte!“

Schon will ich nach der Untergrundbahn, da sehe ich ein Bild, so erschütternd, so tieftraurig, daß ich von Herzen wünsche: jeder Kriegsbekehrer, Verlängerer, Lobhänger müsse es schauen. Kinetographisch müßten solche Bilder aufgenommen werden, aufgeführt gehören sie — die Bilder vorläufig — in sämtlichen Parlamenten der Kulturstaaten als Schau-, Schand- und Scharfensnalle einer Vätergeneration, gestiefelten Zeit: Da windet sich ein Feldgrauer in Kerven zu Kerven auf der bloßen Erde. Alles ist lebendig an dem zuckenden Körper. Papiergeld fliegt ihm zu; er kann es nicht sammeln, nicht plätten, nicht festhalten. Er kann auch nicht banken, weder mit dem Haupte, noch mit den Händen. Jede Bewegung scheint sein Erlebtes in Ewigkeit ausstrahlen zu lassen. Ein grauenerregter Protest gegen den Krieg! Da erscheint eine Dame mit Herr und Hund. Schauen sich den Armen an und werfen 25 Pfennig hin. Der Hund bewundert den Unglücklichen, bellt und macht eine Bewegung mit

ihnen. Wenn der Einsender diese großen Aufgaben mit „rührenden Wünschen“ lösen kann, so kann er der Siedelungsabteilung eine große Sorge abnehmen.

8. Die Siedelungsabteilung hat der Landwirtschaftskammer gegenüber feierliche Verpflichtungen in dem von Herrn L. behaupteten Sinne übernommen. Es wurde lediglich bei der Einbindung vereinbart, daß das Hauptgewicht auf ländlichen d. h. vorläufig-gärtnerischen, halbländlichen und landwirtschaftlichen Siedelungen und nicht auf städtische Wohnungsfürsorge liegen solle.

4. Es ist eine tendenziöse Entstellung, wenn von „Sabotage des Reichsiedelungsgesetzes“ geredet wird, weil in dem Jahre seit dessen Erlassung noch nicht in großem Maßstabe die Verwirklichung der dadurch gegebenen Möglichkeiten erfolgt konnte. Daß von einer Sabotage des Siedelungsgesetzes nicht gesprochen werden kann, wird binnen kurzem die praktische Arbeit der Vab. sowohl, wie auch das badische Ausführungsgesetz zu dem auf norddeutsche Verhältnisse zugeschnittenen Reichsiedelungsgesetz zeigen, durch das das Letztere gerade für unsere badischen Verhältnisse erst so ausgebaut werden soll, daß wir in Baden damit praktisch auch wirklich etwas anfangen können.

Die Not der Kleinrentner.

Der Rentnerstand im neuen Deutschland wird infolge der wirtschaftlichen Revolution nach und nach vollständig zugrunde gerichtet. Die täglich sich steigende Lebenshaltung können die Klein- und Mittelrentner nicht mehr mit ihrem festen Einkommen bestreiten, sie sind gezwungen, wollen sie dem Hungertode nicht preisgegeben sein, ihr Erspartes, ihr Kapital anzulegen. Die Verzehrung beläuft am schwersten die kleinen und mittleren Rentner und Rentnerinnen. Ein Einkommen von 3-5000 M. zwingt heute schon zum Hungern, aber wie viele Rentner und Rentnerinnen müssen sich heute noch mit einem Einkommen von 800 bis 2000 M. behelfen! Die Kleinrentner sind keine Drogen der menschlichen Gesellschaft, sondern Rentner der Arbeit. Ihr Einkommen reicht aber nicht einmal zum Ankauf der rationierten Lebensmittel aus. In die Kleinrentner und Kleinrentnerinnen geht die Kasserforderung, die Verschwendung abzustreifen und mehr in die überall gegründeten Ortsgruppen der Klein- und Mittelrentner einzutreten. Unabweisbare Pflicht des Staates und der Gemeinde wird es aber sein müssen, die Kleinrentner vor dem drohenden Ruin zu beschützen, denn sie haben als deutsche Staatsbürger dieselbe Berechtigung zum Leben, wie jeder andere der Volksgenossen.

8. Offenburg, 5. März. Der Landesverband des badischen Vädergewerbes hielt hier einen Obermeisterabend ab. Die Verhandlung wurde beauftragt, zu fordern, daß für die Verarbeitung von 100 Kilogramm Wehl ein erhöhter Nachlohn von den Kommunalverbänden bei der Preisbestimmung berechnet wird. Die Kommunalisierung des Vädergewerbes soll bekämpft werden.

Aus der Partei.

8. Grödingen, 5. März. Am 4. März hielt der hiesige Sozialdemokratische Verein seine diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr nicht so befriedigend war, wie es wünschenswert gewesen wäre. Allerdings hat die Partei seit der letzten Generalversammlung um 30 Genossen zugenommen, der Mitgliederstand beträgt 117 (vor dem Kriege 1914 waren es 153 Mitglieder). Wenn alle Genossen intensiver für die Partei agitieren, werden wir bald die Friedensstärke wieder einholen. Es ist ein sich noch bitter rührender Fehler der hiesigen Arbeiterschaft, sich gegenüber allen, selbst ihre ureigensten Interessen beherrschenden Vorgängen, völlig indifferent zu zeigen. Bei der Wahl der Parteileitung wurde die feilscherige Verwaltung mit Ausnahme des 1. Vorstandes, der wegen Überlastung eine Wiederwahl ablehnte, und des Kassiers, wiedergewählt. Alle Zuschriften sind an den Genossen Friedrich Ehrenfried, Grödingen, Wadlstraße, zu richten. Die Vorarbeiten zur Parteier wurden dem Ausschuss übertragen, der nach den gegebenen Richtlinien das Programm ausarbeiten soll. — Nun gilt es, den Weg zum Siege im kommenden Geschäftsjahr weiter freizumachen. Nichts gibt es keinen Weg und darf es keinen geben, weil er uns in die Wüste zurückführen würde, die wir eben durchwandert haben. Darum müssen wir alle mit Hand und Fuß an den Aufbaum und Aufbau. Es bedarf dazu die Pflichterfüllung eines jeden Genossen.

Vergnügen im Kaffee der Kunstgenüsse, der Berliner Bohème zu sitzen. Ueber dem Fenster hat man die namhaftesten Bohémien im Wilde vereint. Da ist Petr. Wille, Herr Niwoli, der Monarchenkomponist und viele andere zu sehen. Ein Kaiser in Land- und Luft geht sich zu mir und studiert den Pariser „Matin“. Der Herr spricht mich an und ich erwidere, daß er der Sohn eines Präsidenten aus Ostpreußen ist, 28jährig, vom Kriege in Italien übertraf, in Deutschland nach der Front geschickt wurde, und nach langen Leiden und Entbehrungen zurückgekehrt war und in Potsdam bei einer Gönnerin seiner Kunst ein Geschäft freier Liebe gibt. Er lehrt tagtäglich hier ein, denn er fühlt sich als Bohème, muß in dieser Atmosphäre leben, die ihm zum Lebensstudium geworden zu sein scheint. Er zeigt mir Bilder eines ungebundenen Menschengenies, und ich freue mich der strebenden fröhlichen Jugend, welche selbst wieder jung und versehe die winterlichen Anwendungen des Gemütes.

Auf der Zauerkönig-Strasse in der Nähe des Wittenberger Platzes. Husaren mit roten Wägen und ebenbürtigen Mägen, Gamaschen um die dünnen Waden gewickelt, stehen herum und klaffen in die Schaufenster des Kaufhauses des Westens. Runge Burlesken, die wohl noch nie auf einem Pferde saßen, stolzieren wie Akademiere herum. Es ist, als kämen sie von irgend einem Maskenball. Dazwischen sind Matrosen sichtbar, die wieder auf einem Spreekanal, noch weniger auf einem Kreuzer bedienstet waren. Aber sie verziehen das Kreuzen und Lavieren, um heute noch in einen Hafen zu gelangen. Das ist die männliche Prostitution, die sich hier bei hellstem Tage breitmacht, die weibliche Konkurrenz in dieser Gegend verdrängt hat und das Feld freigleich behauptet.

Wenn eine Tante geleht, bietet ein blinder Mann Streichhölzer an. Er hatte früher unter der Westküste zu leiden, dann das Augenlicht verloren und steht mit seinem fünfjährigen Söhnchen hier. Die Behörde hat ihn ein paar mal schon verhaftet, aber er geht auch in eine Anstalt schaffen wollen. Aber die Stadtväter gehen bei seiner Angelegenheit zur Tagesordnung über, die er auf sich anwendet und die heißt: „Kaufen Sie Streichhölzer, bitte!“

Schon will ich nach der Untergrundbahn, da sehe ich ein Bild, so erschütternd, so tieftraurig, daß ich von Herzen wünsche: jeder Kriegsbekehrer, Verlängerer, Lobhänger müsse es schauen. Kinetographisch müßten solche Bilder aufgenommen werden, aufgeführt gehören sie — die Bilder vorläufig — in sämtlichen Parlamenten der Kulturstaaten als Schau-, Schand- und Scharfensnalle einer Vätergeneration, gestiefelten Zeit: Da windet sich ein Feldgrauer in Kerven zu Kerven auf der bloßen Erde. Alles ist lebendig an dem zuckenden Körper. Papiergeld fliegt ihm zu; er kann es nicht sammeln, nicht plätten, nicht festhalten. Er kann auch nicht banken, weder mit dem Haupte, noch mit den Händen. Jede Bewegung scheint sein Erlebtes in Ewigkeit ausstrahlen zu lassen. Ein grauenerregter Protest gegen den Krieg! Da erscheint eine Dame mit Herr und Hund. Schauen sich den Armen an und werfen 25 Pfennig hin. Der Hund bewundert den Unglücklichen, bellt und macht eine Bewegung mit

Aus dem Lande.

Heidelberg, 6. März. Ein seltsamer Fundprozess dürfte hier zur Entscheidung kommen. Ein Einwohner hatte vor Jahresfrist einen Geldbeutel mit 25,50 M. gefunden. Als nach Umlauf eines vollen Jahres der Finder den Fund zurückverlangte, mußte er die merkwürdige Wahrnehmung machen, daß die Silbermünzen, aus denen sich der Inhalt des Geldbeutels zusammensetzte, sich in Papiergeld verwandelt hatten.

Heidelberg, 6. März. Bei der Bürgermeisterversammlung hatten nur die Sozialdemokraten einen Kandidaten aufgestellt. Zentrum und Demokraten einstellten sich der Abstimmung, sodas der Wahlgang ergebnislos verlaufen ist.

Heidelberg, 6. März. Die Direktion der städt. Werk hat die Gas- und Strom-Preise rückwirkend auf 1. Februar erhöht und zwar wird der Gaspreis um 87 % auf 117 % und der Strompreis um 19 % erhöht, sodas der Lichtstrom 134 % um der Kraftstrom 108 % kostet.

Heidelberg, 4. März. Bei einer Beerbigung in Heddesbach waren Anwesende des Verstorbenen aus Heidelberg und Mannheim anwesend. Am den um 6 Uhr abends in Kirchhorn abgehenden Zug noch zu erreichen, legten sie mit einem Koffeufuhrwerk den Weg aus Heddesbach zur Bahn zurück. Unterwegs scheute das Pferd und riß das Fuhrwerk die Wöschung rechts der Straße herunter. Das Fuhrwerk überdauerte sich und einer der sieben Insassen verunglückte tödlich, die übrigen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Mannheim, 3. März. Um den Kohlenbiefstählen auf den Lagerplätzen an der Bahn Mannheim-Heidelberg auf die Spur zu kommen, unternahm die Schwedinger Genossenschaft mit Unterstützung durch andere Sicherheitsmannschaften an einem der letzten Morgen eine Streife und verhaftete dabei 29 Personen, die insgesamt 150 Zentner Kohlen bereits zum Fortschleppen entworfen hatten.

Erbersgrün im Schw., 6. März. In der Nähe der Wallfahrtskirche wurde von spielenden Kindern ein großer Teil der im Oktober hier gerandeten kirchlichen Gefäße gefunden.

Immendingen, 6. März. Im Bafalirer war ein Haupttreiben gefolgt worden, sodas der Betrieb stillgelegt werden mußte. Die Diebe und die Helfer wurden verhaftet.

Konstanz, 1. März. Auf dem Erzierplatz bei Wollmadingen suchten der 16jährige Adolf Vogel, der 17jährige Wilhelm Scheffold und der 17jährige Wilhelm Gaujer die Hallen nach Maulwürfen ab, nachdem vorher Gruppen des hiesigen Reichswehrbataillons Uebungen mit scharfen Handgranaten abgehalten hatten. Infolge einer noch nicht aufgeklärten Ursache explodierte als die drei Burlesken auf dem Erzierplatz verhaftet waren eine Handgranate und alle drei erlitten schwere Verletzungen.

Göhring, 3. März. In einer Entgegnung auf unserer kürzlichen Artikel brachte das „Süddeutsche Reichsblatt“ allerhand Redensarten und Verdächtigungen, aber nur keine sachliche Richtigstellung. Um von dem Kern der Sache abzulenken führt der Einsender Dinge an, die mit den in unserm Artikel angeführten Dingen gar nichts zu tun haben. So wird darin behauptet, es werde die arme Bevölkerung hier, ist aber nichts als eine leere Ausfucht nach der bestamten Methode: Galtet der Dieb. Wir fragen aber den Einsender doch, was das größere Verbrechen ist: wenn ein armer Familienvater um die Not der Familie zu lindern sich auf unrechtmäßige Weise Lebensmittel verschafft, oder wenn ein reicher Bauer aus reiner Profigier und Habguth keine Produkte zurückhält und kaltherzig zuseht, wie seine Volksgenossen hungern und darben? Das reiche Herr Einsender hat gut den salbungsvollen Sittensrichter spielen, es ist nicht in Not und kennt die Not nicht. Weil bei dem armer Manne bei der Hausführung eine Pflanze, Gasmaske, einige Gewehrpatronen gefunden wurden, glaubt der Kritiker des „Südd. Reichsblattes“ einige Steine auf den Mann werfen zu können. Auch hier nichts als Heuchelei. Der Herr soll sich mal bei gewissen reichen Herrschaften im Orte umsehen, was er da für wertvolle Sachen finden würde! Wir wehren uns nicht gegen die angemessene Vergütung der Bauern für ihre Produkte, auch diese Unterstellung weisen wir zurück. Nur den Bücher, die Habguth und den Scheißhandel bekämpfen wir. Und werden es auch fernhin tun, ob es nun dem Herrn Dorf- oberhaupt, dem „Süddeutschen Reichsblatt“ oder sonstigen bäuerlichen Herrschaften paßt oder nicht.

dem rechten Hinterbein. Da erhält er von einem Passanten einen Auftrieb, sodas er heulend sich unter das schwebende Kleid seiner Beschürterin schlüpfet. Nun entsetzt ein Gedränge. Einige nehmen Partei für das arme Tier, andere für den Kriegsinvaliden. Und die Türe nimmt den Hüter auf den Arm, reicht ihm aus ihrer Handtasche ein Bonbonlied, streichelt, liebt ihn und verabschiedet dann mit ihrer Begleiterschaft in den Bahnhof der Untergrundbahn. Sie tauchen unter in einem Wagen 2. Klasse, die Klasse 1.

Vom Brandenburger Tor fahre ich über den Pariser Platz die Französischen Vorstadt hat alle Ähren und Fenster auf. Es wird ausgeliefert. Es war auch die höchste Zeit. Ein paar Mädel, woggen stehen dabei, geschäftig ladet man die Mädel aus, alles Sachen im Empire-Stil.

Dann gehe ich durch die Passage. Auch hier haben sich Kriegsgeblühete postiert. Auch hier wandert die Noblesse vorüber und nimmt eine Parade ab.

Ecke der Linden und der Friedriehstraße steht barhäuptig ein Indalide. Seine Hände liegen im Schützengraben. Die Unterarme hängen von den nach vorn gestreckten Oberarmen herunter herab. Zwischen den Oberarmen ist der Hut eingepreßt. Und die nackten, freigesetzten Unterarme bewegen sich wie zwei Dreifüßler. Wenn sie still hängen, gibt ihr Anbaber seinem Körper einen Ruck und sie haumeln dann wieder hin und her, von vorn nach hinten. Gräßlich sieht diese Neffame aus. Man sieht: es bedarf schon skurriler Mittel, um die entmenschten Menschenliebe wieder in die Herzen zurückzurufen. Der Mann macht dort gute Geschäfte. Ihm fliegen 50 Pfg. und Markscheine nur so zu. Nicht weit vom Bahnhofe Friedriehstraße steht Hugo Haas'es Acherbahn. Die Fahrt kostet 2 M. und sieht bis zum Ende der Spielzeit die Autos besetzt.

In der Komischen Oper flaut sich eine Menge. Einige stehen schon seit 3 Uhr hier in Erwartung des zu genießenden Vergnügens. Drin wird heute abend zum 20sten Male „Die lewische Sufanna“ abgeleiert.

An der Ecke der Weidenbammer Brücke steht ein Mann mit einem Fernrohr. „Der Sturm mit seinen Bekleidungen! Ein astronomisches Mädel ist hier zu sehen.“ Der Großstadtbesitzer blickt zum Himmel, wo schon einige Sterne leuchten. „So Pfennig der Blick in die Unendlichkeit“, ladet er ein. Auch er macht seine Geschäfte.

Ich habe möblierte Zimmer zu vermieten; sind Sie allein bitte? Eine bessere Dame spricht mich an.

Es ist noch zu frühe, gnädige Frau“, bejehet ich sie; woraus, sie ein Paar Anrede, das freudig der Einladung folgte.

Es ist Dämmerstunde. Nun atmet die Weltstadt noch einmal auf. Die Pforten aller Vergnügung, erlauberter und unerlaubter, öffnen sich. Die große Stadt nach Geld und Geldverdienst zwingender wie am Tage ein. Kein Mittel ist da, das einem Zwede nicht dienen könnte. Sogar das Elend sucht noch unter den Abfällen hervor, was ihm brauchbar scheint, was ihm Vergnügen macht. Denn wer hat den morgigen Tag gesehen? Carl Galm.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. März.

Erhöhung der Brotpreise.

Wie aus einer Bekanntmachung im Anzeigenteil ersichtlich ist die vor kurzem angekündigte Brotpreiserhöhung nun in Kraft. Es folgen der große Laib (1500 Gramm) 1,94 M; der kleine (750 Gramm) 97 S. Diese Erhöhung wird dieses Mal begründet mit den gestiegenen Kohlenpreisen und dem Anstieg der Mehlpreise...

Aufruf zur Kartoffelabgabe.

Das Nahrungsmittelamt richtet einen Aufruf an die hiesige Bevölkerung, freiwillig Kartoffeln abzugeben, soweit es diesen oder jenen Familien möglich ist. Die etwa abgelieferten Kartoffeln sollen zur Behebung von besonderen Notfällen verwendet werden. Das Nahrungsmittelamt erklärt, daß es ihm durch das Annehmen jeglicher Kartoffellieferungen aus den Landbezirken unmöglich ist, der Not zu steuern.

Die Schuld der armen Stefanie.

Nicht ist heraus, wer die Schuld an dem Weltkrieg trägt; nicht der Kapitalismus, nicht die Rüstungsindustrie, nicht die Geheimdiplomatie, nicht Wilhelm II., nicht die Generale-Mamonts, sondern einzig und allein — die nackte Stefanie am Stadionsbrunnen in Karlsruhe. Laut 'Abendpost' hat sich nämlich im 'Schwäbischer Volksfreund' (Mühlheim) ein Heilmittel aus der Gefangenenschaft heraus befragt, daß den in Karlsruhe durchgeführten Kriegsgefangenen jenseitigen Heilmitteln mit dem Bild der 'Schönen Stefanie' als Willkommensgruß gegeben worden seien.

Schauturnen der Schülerabteilungen der Freien Turnerschaft.

Einem überaus guten Verlauf nahm das gestrige Schauturnen der Freien Turnerschaft. In den Turnhallen der Hardtschule, Gutenbergschule, Hahndschule und Karl Wilhelmsschule fanden sich die ca. 400 Schüler schon lange vor Beginn der Veranstaltung ein, um den so zahlreich erschienen Eltern, alten und jungen Freunden zu zeigen, was sie im Lauf der Zeit in der Turnkunst gelernt haben.

Freigabe des Handels mit Wild und Geflügel.

Die Oberpostdirektion macht bekannt: In letzter Zeit sind wiederholt Diebstähle an Leihgaben der Telegraphen- und Fernsprechkabeln, namentlich in der Nähe von größeren Städten, vorgekommen, durch die empfindliche Betriebsstörungen hervorgerufen worden sind.

Ein Vortrag über Berufswahl, Berufseignung und Berufsberatung.

Ein Vortrag über Berufswahl, Berufseignung und Berufsberatung findet am Dienstag, 9. März, im großen Rathssaal statt, veranstaltet von der vereinigten Berufsberatung für Frauen und Mädchen. Referent ist Fräulein Dr. Argelander.

Eine höchst sonderbare Verichterstattung.

legt das 'Karlsruher Tageblatt' in seinem Bericht über die Begrüßungsfeier der heimgekehrten Kriegsgefangenen vom letzten Freitag abend an den Tag. Während alle Zeitungen über die erkrankten mühseligen Pyramidenaufbauten der Freien Turnerschaft nur volles Lob und ebensolche Anerkennung spenden, weiß das 'Tageblatt' auch nicht eine Zeile darüber zu berichten.

wesenden bekanntlich höchste Anerkennung und stürmischen Beifall, aber das 'Tageblatt', das sich schon so oft mit seiner Cholerik brüstete, ignorierte einfach diese uneigennützig geleistete Arbeit der Freien Turnerschaft. In den Kreisen der Arbeiterschaft erregt natürlich dieses sonderbare Verhalten des 'Tageblattes' berechtigter Empörung, wemgleich auch die Einseitigkeit des 'Tageblattes' gegenüber der Sportbewegung hinreichend bekannt ist, denn auch in seinen 'Sportnachrichten' findet man nur den bürgerlichen Sport vertreten, während die Arbeiter-sportvereine totgeschwiegen werden.

Aus der Stadtratsitzung.

Polizeistunde. Der Verkehrsverein Karlsruhe hat an das Magistrat — Polizeidirektion — die Bitte gerichtet, daß die Polizeistunde mindestens auf 11 Uhr (Samstags 12 Uhr) ausgedehnt wird. Auf Eruchen des Vereins beschließt der Stadtrat, das Gesuch auch seinerseits nachdrücklich zu unterstützen. Gemeindefassung für das Fürsorgeamt. Als Grundlage für das neu zu errichtende 'Fürsorgeamt' und für den als beschließender Ausschuss für das Fürsorgeamt einzusetzenden 'Fürsorgeamtsausschuss' wird eine Gemeindefassung für das Fürsorgeamt erlassen, zu der vom Bürgerausschuss die erforderliche Zustimmung erbeten wird.

Kartoffelversorgung. Durch die Zufuhr holländischer Kartoffeln können diese Woche 2 Pfund Kartoffeln auf den Kopf der vorzugsberechtigten Bevölkerung ausgegeben werden. Der Stadtrat hat beschlossen, diese Kartoffeln auf einem verhältnismäßig billigen Preis auszugeben und den hierdurch erforderlichen Zuschuß mit etwa 12000 M auf die Stadthauptkasse zu übernehmen.

Veränderung im Pferdefleischverkauf. Mit Wirkung vom 1. April d. J. ab wird der bisher vom städt. Schlacht- und Viehhofamt besorgte Fleischmarkt betriebene Pferdefleischverkauf eingestellt. Es ist beabsichtigt, die Schlachtung von Pferden und den Verkauf von Pferdefleisch wieder an die vor dem Kriege in Karlsruhe bereits ansässigen Pferdehändler zu übertragen. Die für die übrige Fleischversorgung erlassenen Vorschriften werden auch auf die Pferdefleischversorgung ausgedehnt.

Zur Frage der Steuernachschüsse. Der Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bis zur Zeit nicht angegeben hat, und deswegen verwirkte Strafen wegen Steuerzückhaltung sowie Verfall des verbleibenden Vermögens gemäß dem Gesetz über Steuernachschüsse abnehmen will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen im Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, anzugeben. Die Angabe betrifft den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzückhaltung, den sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlagung zum Reichssteuerbescheid vorläufig verbleiben soll, verfällt kraft Gesetzes der Anrichte Angelegenheiten, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtet werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

Auch die Telegraphenbrände sind nicht diebstahllos. Die Oberpostdirektion macht bekannt: In letzter Zeit sind wiederholt Diebstähle an Leihgaben der Telegraphen- und Fernsprechkabeln, namentlich in der Nähe von größeren Städten, vorgekommen, durch die empfindliche Betriebsstörungen hervorgerufen worden sind. Durch solche Vorkommnisse wird die gegenwärtig ohnehin schon schwierige, glatte Abwicklung des Verkehrs noch weiter gefährdet. Es liegt daher im eigenen Interesse des gesamten Publikums, nach Kräften dabei mitzuwirken, daß die Täter zur Anzeige und zur Strafe gebracht werden. Für die Ermittlung über Ergreifung von Drahtdieben werden von der zuständigen Oberpostdirektion je nach Umständen Belohnungen bis zu 1000 M bewilligt.

br. Kriegsgefangenenheimkehrer. Ein Transport von 900 Mann, der aus dem Durchgangslager Rastatt kam, wurde auf der Fahrt nach der Heimat gestern am Bahnhof begrüßt. Die Heimkehrer gehörten jenen 'Strafkompanien' in Bar-le-Duc an. Während des Aufenthalts des Juges lang der Singabend des Lehrerseminars unter Leitung des Herrn Seminarlehrers Bernhard. Die Heimkehrer wurden vom Roten Kreuz und der Kriegsgefangenenheimkehrer erfrischt und mit Liebesgaben versehen. Einer der Heimkehrer dankte im Namen seiner Kameraden für den herzlichen Empfang; Hochrufe auf die Stadt Karlsruhe und die Sängerinnen war der Wiederhall aus ehrlichen Herzen.

Freigabe des Handels mit Wild und Geflügel. Der Handel mit Wild und Geflügel ist freigegeben worden. Auch die Beschränkungen, denen der Verbrauch einiger Arten von Wild und Geflügel unterworfen war, nämlich die Anrechnung auf die Wochenfleischmenge und der Fleischmarkenzwang sind in Wegfall gekommen. Für den Großhandel mit Wild gelten Nichtpreise.

Ein Vortrag über Berufswahl, Berufseignung und Berufsberatung findet am Dienstag, 9. März, im großen Rathssaal statt, veranstaltet von der vereinigten Berufsberatung für Frauen und Mädchen. Referent ist Fräulein Dr. Argelander.

Verichterstattung. Eine höchst sonderbare Verichterstattung legt das 'Karlsruher Tageblatt' in seinem Bericht über die Begrüßungsfeier der heimgekehrten Kriegsgefangenen vom letzten Freitag abend an den Tag. Während alle Zeitungen über die erkrankten mühseligen Pyramidenaufbauten der Freien Turnerschaft nur volles Lob und ebensolche Anerkennung spenden, weiß das 'Tageblatt' auch nicht eine Zeile darüber zu berichten.

Eisenbahnverbrechen. Im Rangierbahnhof wurde der Eisenbahnarbeiter Kritschler beim Begleichen eines Wagens von einem Wagen überfahren und sofort getötet.

Mord und Selbstmordversuch. Der Tagelöhner August Kade aus Durlach hat gestern nachmittags 12 Uhr seiner Schwiegermutter, die 84 Jahre alt Karl Rödel Ehefrau aus Durlach, in der Küche ihrer im 1. Stock eines Hauses in der Friedenstraße gelegenen Wohnung einen Stich ins Herz und einen Stich in den Kopf hinter dem linken Ohr versetzt. Die Schwerverletzte kam auf der Flucht noch die Treppe bis zur Hälfte des 3. Stockes, wo sie tot liegen blieb. Nach der Tötung der Täter nach dem Sonntagsplatz, wo er sich einen Stich in die Brust und einen Schnitt in den Hals beibrachte und in schwerverletztem Zustande nach dem städt. Krankenhaus verbracht wurde. Der Täter hat seinen Sohn, den Mann der Ermordeten, wegen Diebstahls zur Anzeige gebracht, ist ein der Trümmer ergebener Mann, wurde deshalb aus der Wohnung gewiesen und kam heute zurück, um angeblich einen zurückgelassenen Mittel zu holen.

Diebstahl. Am Samstag wurde einem Bürodienstler hier in einem Wagen der elektrischen Straßenbahn ein Handkoffer mit Inhalt im Gesamtwerte von 1765 Mk. und gestern einem Uhrmacher aus seiner in der Kreuzstraße gelegenen verschlossenen Wohnung eine weiße Westtasche mit 1050 Gramm Bruchgold und sieben goldenen Damenuhren von unbekanntem Täter entwendet.

Jugend und Sport.

Der Fußballsport am gestrigen Sonntag.

Disziplin: F.C. Freiburg — F.C. Horzheim 2:0; (3 Tore) — F.C. Durlach — F.C. Durlach 1:0; (3 Tore) — Germania-Durlach — F.C. Durlach 3:1; F.C. Grünwindel — Sportclub Durlach 5:3; F.C. Durlach — Germania-Bruchsal 9:2; Germania-Karlsruhe — F.C. Bruchsal 2:0; B.Klasse: Nordstern-Mühlheim — Concordia-Karlsruhe 2:0; F.C. Durlach — Borussia-Wörth 2:0; Spielvereinigung Ettlingen — F.C. Weierheim II 2:2. C.Klasse: Victoria-Durlach — F.C. Durlach 2:2; F.C. Mühlheim — Victoria-Mühlheim 1:0. Privatspiele: F.C. Durlach — F.C. Horzheim 2:2; F.C. Durlach — F.C. Durlach 2:2; F.C. Durlach — F.C. Durlach 2:2.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 7. März. Wie der 'Berl. Lokalanzeiger' erfährt, sind die amtlichen Untersuchungen über Erzbergers Steuererklärungen nunmehr abgeschlossen. Die Veröffentlichung wird wohl erst nach der Urteilsfällung im Helfferich-Prozess erfolgen. Nach dem gleichen Blatte hat die Grenzpolizei in Rauenburg im D-Bezirk vier nach Polen reisenden Personen 2 Zentner und 28 Pfund Gold und Silber abgenommen. Laut 'Berliner Tageblatt' hat eine Hafenarbeiterorganisation für Großhamburg beschlossen, ab 1. April d. J. 12 Mk. Lohnzuschlag für alle Hafenarbeiter zu verlangen.

Berlin. Wie dem 'Berliner Tageblatt' gemeldet wird, ist in Siegen eine Gruppe von vier Landratsbeamten als Schieber entlarvt und verhaftet worden. Sie haben monatlich hunderte von Zentnern amerikanischen Weizen nach Siegen geschmuggelt, was die Bevölkerung des Sieger Landes heimlich war, verschoben.

Dem 'Berliner Tageblatt' zufolge wurde während eines Vortrages in einem Theater in Sofia eine Bombe in die unter der Bühne zur Explosion gebracht. Dabei wurden vier Personen getötet und zwölf verletzt.

Rissaben, 6. März. Die Forderungen der Eisenbahner sind bewilligt worden. Der Jugverkehr in Portugal ist wieder hergestellt, ebenso der Eisenbahndienst zwischen den Kreisorten.

Christiania, 6. März. Der Streik der Dodarbeiter in Bergen hat einen Teilstreit in allen norwegischen Häfen zur Folge gehabt, der gestern abend ausgebrochen ist, um den Auslastung vielfacher zu gestalten, haben die Dock- und Transportarbeiter Verbände allen im Dienste der Schiffahrtsgesellschaften stehenden Angestellten aufgefodert, die Arbeit niederzulegen.

Bethune. Samstag morgen war die Arbeit in den Gruben von Carles und Sefay völlig eingestellt. Es streiken umgekehrt 15 000 Mann.

Eine antisemitische Morbidat in Baden-Baden. Baden-Baden, 5. März. Auf dem Leopoldplatz wurde heute früh der Student Kahn von dem Studenten Engelhorn ohne jeden Anlaß erschossen. Engelhorn ist aktives Mitglied des Schutz- und Trutzbundes; auch sein Vater ist in diesem Bunde im Vorstand tätig. In einer kürzlichen Versammlung wurde offen aufgefodert zum Totschlag der Juden.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lokale Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heilwesen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisestraße 24.

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe. Bei dem am Donnerstag, den 4. März eingeschobenen Vorspiel der Ausbildungsklassen kamen folgende Stücke zum Vortrag: 1. Italienisches Konzert von J. S. Bach. Fräulein Gene Dra. 2. Montagne a-moll op. 42 für Violine von Max Bruch. Herr Günther Oberle. Begleitung: Fräulein Gertrud Mettenberger. 3. Konzert g-moll op. 58 I. Satz von J. S. Bach. Fräulein Irma Stein. Begleitung: Fräulein Gertrud Mettenberger. 4. Variationen B-dur op. 124 Nr. 3 von Fr. Schubert. Fräulein Marie Fremereh.

Nächstes Vorspiel (Vorbereitungsklassen) am Mittwoch den 10. März, abends 7 Uhr.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend Führer- und Bank-Kommunikation 1/2 12 Uhr im Lokal. 2152 Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Die Sänger treffen sich Dienstag abend 1/2 8 Uhr in der 'Schrummel' zwecks Erhaltung eines Mitglieds. 2151

Blumenlosh. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch, 10. März, findet im 'Schwanen' eine Mitgliederversammlung statt, Mitglieder sind mitzubringen. Auch sind alle die aus der Gefangenenschaft Zurückgekehrten freundlichst eingeladen. Um vollzähliges Erscheinen bittet 2144 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins. Maxau 387, 7. Mannheim 285, 7. 7 Zentimeter.

